

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Vollschaffungs Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gelbete Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Plabvoorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbete Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Belegungen nehmen die Austräger, Zweiggeldhändler und alle Postanstalten entgegen.

## Die Regierungsbildung im Reich. Unannehmbare Bedingungen der Bürgerlichen für die U. S. P.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die Fraktionsverhandlungen über die Regierungsbildung im Reich gehen weiter. Die Demokraten und das Zentrum haben ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht: Erstens sollen die Unabhängigen sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stellen, zweitens müsse zuvor eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, und drittens solle die Deutsche Volkspartei in eine eventuelle Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Das Berliner Tageblatt meint, es sei kaum anzunehmen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie auf die Forderung eines Zusammengehens mit den Volksparteikern eingehen werde, ganz abgesehen davon, daß auch die Volksparteier von einer solchen Koalition nichts wissen wollen. (S. H. richtig! Red. d. U. S. P.) Die parteiunabhängige Nationalliberale Korrespondenz erklärt, daß die Deutsche Volkspartei ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in einer Koalition ablehnen müsse und begründet das wie folgt: „Mit der Fraktion Crispian und Genossen ist eine praktische Arbeitsgemeinschaft ein Ding der Unmöglichkeit. Darüber lassen die Mindestforderungen, die in der Erweiterung der Unabhängigen aufgestellt sind, auch wenn sonst keine Hinderungsgründe beständen, nicht den geringsten Zweifel. Diese Forderungen bedeuten politisch und wirtschaftlich eine so starke Wendung nach links, daß die politische Mittelstraße damit vollständig verlassen wird. Daß sich die Deutsche Volkspartei daran nicht beteiligen kann, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite aber wird es den Mehrheitssozialisten unmöglich sein, in Preußen über eine Koalitionsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei zu verhandeln, im Reich dagegen den Weg für die Unabhängigen frei zu machen. Die Mehrheitssozialisten werden sich also sehr bald dafür entscheiden müssen, ob sie auf die Koalitionsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei oder mit den Unabhängigen mehr Wert legen.“

Berlin, 5. Oktober. (U. S. P.) In parlamentarischen Kreisen verläutelt, daß die Sozialdemokratie sich vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen, nicht schlüssig werden wird, welchen Standpunkt sie praktisch zu der Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung einnehmen wird. Es ist vielleicht mit einer weiteren Verzögerung der Umformungs-Besprechungen zu rechnen.

## Um die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages nahm, wie der Vorwärts mitteilt, am Dienstag den Bericht über die interfraktionellen Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stegerwald entgegen. Ueber Zeitpunkt und Art der Regierungsbildung, namentlich über die Frage der Hinzuziehung der Unabhängigen bestanden zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien viele Meinungsverschiedenheiten. Ebenso über die Frage des Regierungsprogramms. Wie weit diese Differenzen sich überbrücken lassen, sei noch keinesfalls vorauszusehen. Die Beschlußfassung der Fraktion wurde auf Mittwoch verlegt. Vom Zentrum wird außerdem verlangt, daß eine alte Differenz beseitigt wird, die entstanden ist, als der sozialdemokratische Fraktionsredner im Mai das Kabinett Stegerwald ein Kabinett des Wortbruchs nannte. Die sozialdemokratische Fraktion erkennt nicht an, daß diese Angelegenheit mit der jetzigen Regierungsbildung etwas zu tun habe, ist aber bereit, an der Beseitigung der Differenz soweit mitzuwirken, als sich dies mit ihrer sachlichen Auffassung der damaligen Ereignisse vereinbaren läßt. Ob es gelingt, den Streitfall auf eine Art, die beiden Parteien gerecht wird, beizulegen, muß abgewartet werden. Weiter sagt die Germania, es sei Sache der Mehrheitssozialdemokratie, Klarheit darüber zu schaffen, wie weit man es in der veränderten Haltung der USPD etwa nur mit einer Taktik zu tun habe. Die Entscheidung einer solchen Klarstellung der Bedeutung der unabhängigen Antwort durch die Mehrheitssozialisten könnte an sich die bürgerlichen Parteien einer Stellungnahme dazu zunächst entheben. Das Zentrumblatt, das immer nur an eine gleichzeitige Erweiterung der Koalition nach links und rechts denkt, kann sich, wie es sagt, zu einem großen Optimismus nicht aufschwingen. Dazu sei der Gedanke zu hoch, daß sich Deutsche Volkspartei und Unabhängige auf einem Boden praktischer Zusammenarbeit gemeinsam mit den Mittelparteien fänden.

## Die Münchner SPD. zu dem Görlicher Beschluß.

München, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Generaterversammlung der SPD. in München wurde zu dem Görlicher Beschluß Stellung genommen. Es kam dabei zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit der Opposition, über

die aber in der Münchner Post nichts berichtet wird. Die Opposition hat in München gegenüber der alt eingesehnen Parteibureaucratie einen schweren Stand. Die Münchner Post gehört zu den wenigen Blättern, die nicht eine einzige oppositionelle Stimme über Görlich veröffentlicht haben. In der Generalversammlung tagen auch Entschlüsse der Opposition vor und die Parteileitung sah sich zum Schluß gezwungen, ihre eigene Entschliessung mit der von der Opposition vorgeschlagenen Entschliessung zu vermengen und auf diese Weise einen Kompromiß zustande zu bringen. In der so entstandenen Entschliessung heißt es u. a.: „Die Generalversammlung erblickt in den Beschlüssen des Parteitages zur Regierungsbildung die unvermeidliche Konsequenz der innen- und außenpolitischen Lage, die einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung Preußens und die Sicherung einer starken Mehrheit für die Reichsregierung Wirth fordert. Die Bildung einer erweiterten Koalition kann nur unter Festhaltung an der Reichskanzlerschaft Wirth auf der Grundlage der auf dem Parteitag aufgestellten Forderungen erfolgen. Die Versammlung begrüßt das Bestreben des Parteivorstandes, als Grundlage dieser Forderungen in erster Linie die USPD. zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Versammelten sind sich klar, daß die Durchführung dieser Beschlüsse in den kommenden Monaten schwere Kämpfe im Gefolge haben wird. Um sie siegreich zu bestehen, bedarf es der inneren Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft.“

## Zum Kreditangebot der Industriellen.

Berlin, 5. Oktober. (U. S. P.) Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat einen Ausschuß eingeleitet, der die weiteren Verhandlungen zwischen der Industrie und der Regierung führen soll. Dem Ausschuß gehören u. a. an die Abgeordneten Dr. Sorke, Dr. v. Siemens, Stinnes und Hugenberg, ferner Direktor Krämer, Geheimrat Bühner vom Präsidium des Reichsverbandes, Generaldirektor Hilger, Generaldirektor Deutsch, Direktor Mann und v. Borzsig. Dieser Ausschuß tritt am 13. Oktober zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Besprechungen innerhalb der einzelnen Gruppen werden aber bereits in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Am Dienstag hat bereits eine Vorbesprechung stattgefunden. Weitere Ausdrücke mit der Regierung über die schwebenden Fragen können erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Erholungsreise Anfang der nächsten Woche stattfinden. In der Zwischenzeit wird eine Prüfungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Landwirtschaft, Banken usw. stattfinden. Bekanntlich hat der Reichswirtschaftsrat einen Entwurf über private Kreditbeschaffung für Reparaturzwecke ausgearbeitet, der der Regierung zur Begutachtung vorliegt. Am Montag, dem 10. Oktober, findet eine Sitzung des Reichswirtschaftsrates statt, in der die Regierung ihre Stellung zu dem Entwurf bekanntgeben wird. In den Kreisen der Industrie sieht man der geplanten Aktion optimistisch entgegen, um so mehr, als bereits auf die ersten Zeitungsartikeln hin mehrere Anerbietungen beträchtlicher Anleihen durch große amerikanische Finanzhäuser hier eingegangen sind, die sich bereit erklärten, ihre Vertreter zur Aufnahme von Verhandlungen nach Deutschland zu schicken.

## Kanzler-Urlaub.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat sich gestern auf einen kurzen Urlaub begeben. Die Besprechungen mit den Vertretern der Industrie über die Frage der Goldbeschaffung werden erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers wieder aufgenommen werden.

## Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Aus München wird dem Berliner Tageblatt gemeldet: Die bayerische Regierung wird gemäß ihrer Verabredung mit der Reichsregierung am Mittwoch eine Verordnung herausgeben, durch die der Ausnahmezustand in Bayern vom 15. Oktober an aufgehoben wird.

## Ohne Anerkennung der russischen Schulden keine Hilfsaktion.

London, 4. Oktober. Laut Daily Telegraph ist die Kreditgewährung an Rußland von der Haltung der Sowjetregierung in der Frage der Anerkennung der russischen Schuld abhängig gemacht worden.

London, 3. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, daß von den 22 zu der Brüsseler Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot eingeladenen Staaten, abgesehen von den im Obersten Rat vertretenen Mächten, bisher nur Rumänien und die Tschechoslowakei die Einladung formell angenommen haben. Es wird erwartet, daß die Schweiz vertreten sein wird, ebenso die Vereinigten Staaten, letztere wahrscheinlich in halbamtlicher Eigenschaft.

München, 4. Oktober. Der Stadtrat lehnte mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Mehrheitssozialisten gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten einen Antrag ab, wonach Wäsche und Kleiderstücke im Werte von 80 000 Mark aus der städtischen Warenabgabestelle dem Roten Kreuz für die Notleidenden in Rußland überliefert werden sollten.

## Keine Fessel unserer Macht.

Von Felix Hirsch.

Durch die im Jahre 1891 eingeführte Gewerbegerichtbarkeit die im Jahre 1901 auch auf die kaufmännischen Angestellten ausgedehnt wurde, hat Deutschland wieder wirkliche Laienrichter bekommen. Diejenigen, die man bis dahin Laienrichter zu nennen gewohnt war die Richter bei den Schour- und Schöffengerichten, waren dies in Wirklichkeit in dem Sinne, wie sie es sein sollten, längst nicht mehr. Der Gedanke, der bei der Schaffung der Laienrichter maßgebend war, war der, daß hier unabhängige Männer aus dem Volke dem juristisch gebildeten Richter zur Hand gehen und Urteile fällen sollten, die dem Volksempfinden entsprächen.

Geschworene und Schöffen, wie wir sie heute haben, sind durch ein zehnmal gefiebertes Verfahren hindurch gegangen und stammen so nicht mehr aus den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, sondern sind zum großen Teil Angehörige der besitzenden Klasse. Hier und da machen einige Kleingewerbetreibende eine Ausnahme. Nur zögernd werden in letzter Zeit einige Arbeiter zu diesen Posten berufen. So lange eine Laienrichterschaft bei den Strafgerichten nicht aus freier Wahl hervorgeht, so lange kann man von wirklicher Volksoberkeit nicht reden.

Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten hingegen ist die Möglichkeit einer Volksoberkeit gegeben, weil ihre Richter aus freier Wahl hervorgehen. Zum Unterschiede aber von den übrigen Gerichten sind die Gewerbegerichte von vornherein auf wirtschaftliche Parteien eingerichtet, und so bilden sie in ihrer Besetzung das Spiegelbild des wirtschaftlichen Klassengegensatzes. In kleinen Streitigkeiten kommen selbstverständlich diese Gegensätze nicht so zum Ausdruck, aber in den Fragen grundsätzlichen Gegensatzes scheiden sich die Arbeitgeber von den Arbeitnehmern und kämpfen ihre Klassenmeinung entschieden durch. Leider herrscht in solchen Fällen auf der Seite der Arbeitnehmer nicht immer der geschlossene Wille wie meistens auf der Seite der Arbeitgeber. Das kommt daher, weil die Arbeiterschaft in verstreute Lager gespalten ist und ein Teil der Arbeitenden jenen Gewerkschaftsverbänden nachläßt, die die Klassengegensätze verleugnen und eine Harmonie mit dem Unternehmertum für möglich halten. Bei den Gewerbegerichten ist dieses nicht so bemerkbar, weil in den meisten Orten Deutschlands die Arbeitnehmerbeisitzer die klassenbewußten Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften sind. Bei den Kaufmannsgerichten gehört jedoch immer noch ein bedeutender Teil der Beisitzer den Harmonieverbänden an. Geht es aber doch bei den meisten grundsätzlichen Auseinandersetzungen die Arbeitnehmerbeisitzer gegenüber den Arbeitgebern zu einen, so liegt das Schwerkgewicht der Urteilsprechung bei dem juristischen Vorsitzenden der rechtsprechenden Kammer. Dieser Vorsitzende ist seiner ganzen Herkunft nach ein Angehöriger jener Klassen, die dem Fühlen der Arbeiterschaft weitest gegenüberstehen. Er wird in vielen Fällen versuchen, die Brücke zwischen den streitenden Parteien zu schlagen. In grundsätzlichen Anschauungen jedoch ist er aus begreiflichen Gründen nur zu leicht geneigt, der Unternehmerschaft recht zu geben, der er sich geistig und wirtschaftlich näher fühlt. Gewiß diese Richter sind Kommunal- und nicht Staatsbeamte und daher auch von etwas mehr sozialen Gefühlen befeuert, wie im allgemeinen die staatlichen Richter. Aber ich kenne doch eine ganze Anzahl von Fällen aus der Vorkriegszeit, die typisch für die Anschauung auch dieser Richter sind. Um nur einen Fall herauszugreifen: In den ersten Zeiten nach Kriegsausbruch versuchten mehrere Vorsitzende des Kaufmannsgerichts Berlin eine nationalsozialistische Rechtsprechung einzuschlagen, indem sie die Entlassungen von Angehörigen feindlicher Staaten als dem geltenden Rechte entsprechend bezeichneten. Ein Kammervorsitzender ging dabei so weit, daß er sich sehr scharf für die Verurteilung einer Elässlerin — also einer Deutschen — einsetzte, welche von ihrem Arbeitgeber wegen angeblicher deutschfeindlicher Äußerungen sofort entlassen worden war. Dieser Vorsitzende genierte sich nicht, in öffentlicher Sitzung der Rechtsuchenden den Vorwurf der Deutschfeindschaft zu machen, holte sich allerdings von dem sehr gewandten Mädchen eine gründliche Absfuhr.

In der Nachkriegszeit ist das Verhalten der Vorsitzenden vielfach bedeutend sozialer geworden. Sie fühlen sich jedoch in der Rolle, die ihnen jetzt zugewiesen wird, durchaus nicht wohl. Manche Urteile, die auf Grund von Tarifverträgen oder Verfügungen des Demobilisierungskommissars gesprochen werden müssen, können sie argwöhnend mit ihrem juristischen Gewissen nicht vereinbaren.

So klagte mir der Vorsitzende einer Spruchkammer, daß es wahrscheinlich in einigen Jahren bei der Rechtsprechung vor den Kaufmanns- und Gewerbegerichten kein juristisches Mitglied mehr geben werde. Jetzt schon ginge man ja meistens über seine juristischen Bedenken hinweg. Ich kann mich dieser Äußerung des betreffenden Richters vollkommen anschließen. In den Fragen des Arbeitnehmerrechts kann kein Jurist auf die Dauer segensreich wirken. Diese Fragen sind heute mehr als je unbedeutend Macht-